AfD-Fraktionspost

Ausgabe Winter 2023

EUROPA UNTER DRUCK

AM BRENNPUNKT DER MIGRATIONSKRISE

Gendersprache: Bürgerwillen wird ignoriert

Ideologische Sprachpolitik an der Mehrheit der Bürger vorbei.

Schwesigs Personalpolitik schadet unserem Land

Der rote Filz aus Vetternwirtschaft, Postengeschacher und Korruption.

Alarmstufe Rot-Rot: Angriff auf unsere Gesundheit

Die Regierung gefährdet die flächendeckende Gesundheitsversorgung in unserem Land.

AfD

FRAKTION IM LANDTAG
MECKLENBURG-VORPOMMERN

Lampedusa:

Am Brennpunkt der Migrationskrise

Nikolaus Kramer - Fraktionsvorsitzender

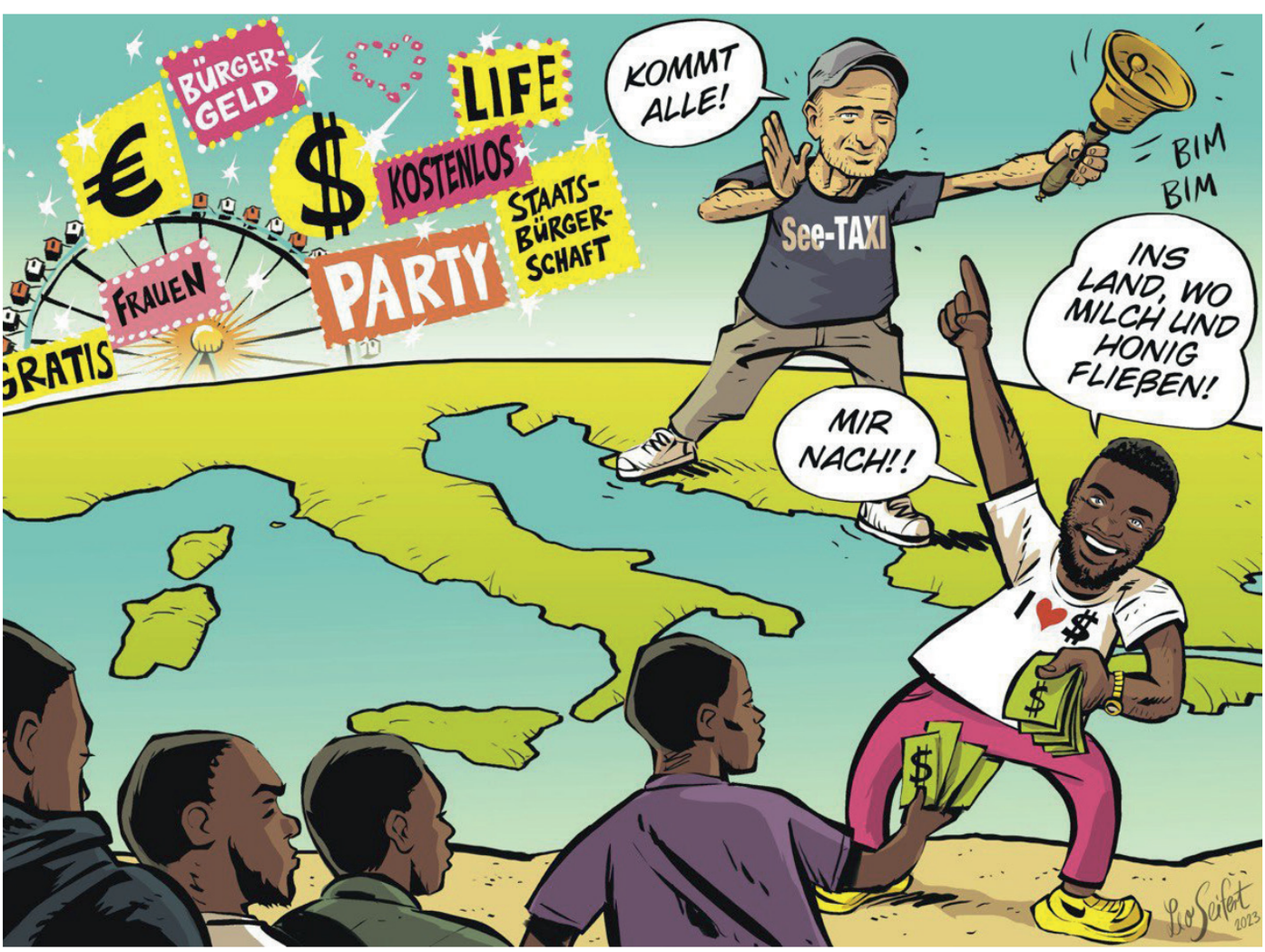
Lampedusa ist das Sinnbild für die Invasion, welcher unser Kontinent und unsere Zivilisation aktuell ausgesetzt sind. Daher bin ich im Oktober, zusammen mit meinem Abgeordnetenkollegen Jan-Phillip Tadsen in den tiefen Süden Italiens gereist, um uns dort selbst ein Bild von der Lage zu machen und Klarheit über politische Handlungsspielräume zu gewinnen, mit dem Ziel diesen Ansturm stoppen können. Wir sind mit örtlichen Experten, Einwohnern und Kommunalpolitikern ins Gespräch gekommen und konnten mit den gewonnenen Erkenntnissen ein gewichtiges Paket von politischen Forderungen in die parlamentarische Arbeit einbringen.

In Deutschland scheint man sich der Dramatik der Lage in Italien noch nicht bewusst zu sein. Die Ankunftszahlen im Jahr 2023 waren seit 2016 nicht mehr so hoch und haben sich innerhalb der letzten zwei Jahren fast vervierfacht. Im Gespräch mit der ehemaligen stellvertretenden Bürgermeisterin Angela Maraventano konnte uns schließlich eindrucksvoll geschildert werden, dass die Migrationskrise auf Lampedusa nie weg war oder eingedämmt wurde. Inzwischen ist der Ausnahmezustand zu einem routinierten Prozess geworden.

Wie uns mehrere Gesprächspartner bestätigten, will kaum einer der Migranten in Italien bleiben. Deutschland ist und bleibt der Asylmagnet in Europa. Italien ist lediglich nur noch eine Transitzone, in der die meisten Migranten nur übergangsweise bleiben. Jede illegale Migration nach Deutschland wird zu einem weiteren Pull-Faktor, der aus Afrika weitere Leute auf die gefährlichen Überfahrten auf das Mittelmeer treibt.

Wir konnten auf unserer Reise mit italienischen Kommunalpolitikern der LEGA auf Sizilien über einen italienischen Prozess gegen sogenannte „Seenotretter“ sprechen. Das, was in der deutschen Öffentlichkeit gerne euphemistisch als „Seenotrettung“ beschrieben wird, grenzt für die italienischen Ermittlungsbehörden doch eher an Schlepperei. Bilder aus den Prozessakten belegen inzwischen ganz klar abgesprochene Übergaben zwischen Schleppern und NGO-Aktivisten. Die italienische Regierung versucht bereits über das Seerecht die Aktivitäten der NGOs einzuschränken. Doch auf der finalen politischen und auch juristischen Ebene kann dieses Problem nur effektiv in Deutschland angegangen werden. Dafür fehlt es jedoch am politischen Willen. Sogar das Gegenteil ist der Fall. Die Bundesregierung will künftige Schlepper-NGOs im Mittelmeer mit Fördergeldern von knapp 1,5 Millionen Euro weiter finanzieren.

Wie lösen wir das Problem? Nur auf Grundlage dieser Einsichten und der Befreiung von jeglichen Illusionen können wir das Fundament einer sinnvollen und vernünftigen Migrationspolitik für das 21. Jahrhundert bauen. Wir kämpfen daher für eine Festung Europa und dem Ende der illegalen Migration nach Deutschland.



Gendersprache:

Bürgerwillen wird ignoriert

Enrico Schult - Bildungspolitischer Sprecher

Man stelle sich vor: Es gibt eine verbindliche Richtlinie, aber der Staat und seine Verwaltung halten sich nicht nur nicht daran, sondern brechen sie aus politischen Gründen. So verhält es sich mit der Gendersprache.

Der Rat für deutsche Rechtschreibung hat sich dezidiert gegen deren Sonderzeichen und bizarre Schreibweisen ausgesprochen, und seine Entscheidungen wurden von der Kultusministerkonferenz klar anerkannt.

Aber weil Staat und Verwaltung hierzulande von einer rot-roten Regierung bestimmt sind, wird in den Schulen, in der Verwaltung und vor allem an den Universitäten gegendert, als wäre diese Gepflogenheit guter Standard. Und als gäbe es im Land keine anderen Probleme, haben wir uns mit dem Luxus von politischen Sprachexperimenten auseinanderzusetzen.

Weil drei Viertel unserer Bevölkerung Gendersprech ablehnen und weil wir die deutsche Sprache als identitätsbildend ansehen und uns sowieso als Rechtsstaatspartei verstehen, forderte die AfD-Fraktion bereits vor einem Jahr, innerhalb des öffentlichen Dienstes und insbesondere an den Schulen die altbewährten Regeln des Sprachgebrauchs durchzusetzen, selbstverständlich für den gesamten offiziellen Schriftverkehr.

Unser parlamentarischer Antrag dafür wurde im letzten Dezemberplenum zurückgewiesen, nicht zuletzt von der CDU-Fraktion. Die im Novemberplenum dieses Jahres dann aber dreist einen Antrag in gleicher Absicht vorlegte! Armselig zwar, wenn man sich kopiert sehen muss, aber in der Sache stimmten wir zu, obwohl uns die CDU nicht glaubwürdig erscheint. Sie unterzeichnete noch vor kurzem Anträge, die in Gendersprache mit den irren Sonderzeichen formuliert waren.

Es wird schwierig bleiben: Weist man Befürworter des Genderns auf Regelverletzungen durch Sonderzeichen und Absurditäten hin (z. B. „Mitgliederin“ oder „gebärende Person“ statt Mutter), so argumentieren sie, dass sich Sprache den Veränderungen in der Gesellschaft automatisch anpasst und erklären den Gendersprachgebrauch zum natürlichen Sprachwandel. Das ist nicht der Fall.

Vielmehr ist das Gendern ein politisch motivierter Spracheingriff, der auch hierzulande mit internen Gender-Leitfäden vorangetrieben wird. Es wird auf den wachsenden Widerstand der Mehrheit der Bevölkerung gegen das sperrige Genderdeutsch ankommen. Nirgendwo nämlich zeigt sich die Ideologisierung unserer Gesellschaft so eindringlich wie im Sprachgebrauch. Das linksgrüne Establishment weiß: Wer die Sprache verändert, beeinflusst Fühlen, Denken und Handeln. Verwahren wir uns couragier dagegen!

Der Bürgerwille lässt sich nicht dauerhaft ignorieren. Denn wie in anderen Bundesländern auch, haben sich in Mecklenburg-Vorpommern nun ebenfalls Bürger zusammengetan, die die Durchsetzung der amtlichen Regeln der deutschen Rechtschreibung konsequent auch für die Landesverwaltung per Volksinitiative zu fordern. Die Bürgerinitiative um den ehemaligen Uni Rektor Hans-Jürgen Wendel sammelt nun unter **www.gendern-stoppen.de** 15.000 Unterschriften in ganz MV, damit sich der Landtag erneut mit der Thematik Gendern befassen muss.

Solidarität mit Israel, ja - Sterben für Israel, nein.

Horst Förster - Rechtspolitischer Sprecher

Im Krieg mit der Hamas ist allenthalben die Rede davon, dass Israels Sicherheit zur deutschen Staatsräson gehöre. Dazu erhebt sich nirgends Widerspruch. Doch, was bedeutet diese uns von Merkel vermachte These. Ich habe dieser schon immer widersprochen. Denn entweder ist sie eine hohle Phrase oder ein nicht einzuhaltendes Versprechen.

Nun hat der Obmann des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, der CDU-Politiker Kiesewetter in einem ZDF-Beitrag klargestellt, was für die CDU „Israels Sicherheit als Staatsräson“ bedeutet, nämlich, dass wir bereit sind, mit unserem Leben die Sicherheit Israels zu verteidigen.

Darauf ist zu erwidern: Wir stehen zu Israel und seinem Existenzrecht und wir verurteilen den Antisemitismus, aber wir sind nicht bereit, das Leben unserer Söhne und Töchter für die Sicherheit Israels auf dem Schlachtfeld zu opfern. Ich weiß nicht, welche Vorstellung von „Wir“ Kiesewetter bei seiner Botschaft hatte. Die CDU hat ihm jedenfalls nicht widersprochen. Die CDU-Fraktion im Landtag hat sich vor einer Antwort auf unsere Forderung, zu der These Kiesewetters Stellung zu beziehen, feige weggeduckt und es somit auch nicht gewagt, sich mit unserer Position auseinanderzusetzen.

Die Unterstützung, die wir für die Sicherheit Israels einsetzen können und wollen, hat nicht das Format, die Sicherheit Israels zu unserer Staatsräson zu erklären. Wir wollen ehrlich bleiben.

Altparteien lehnen Schutz der Landwirtschaft ab.

Jens Schulze-Wiehenbrauck - Landwirtschaftspolitischer Sprecher

In einer bedauerlichen Fehlentscheidung haben die Altparteien im Landtag den Antrag der AfD-Fraktion zur Bewahrung landwirtschaftlicher Nutzflächen abgelehnt. Der Schutz der Landwirtschaft und die Sicherung der Nahrungsmittelproduktion scheinen keine Relevanz zu haben.

Die AfD-Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, der auf die zunehmende Bedrohung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Renaturierung, Flächenversieglung und den vermehrten Anbau von Energiepflanzen aufmerksam machte. Unsere Forderungen umfassten unter anderem die Einschränkung von Photovoltaik- und Windkraftanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen, die Minimierung von Renaturierungsmaßnahmen und die statistische Erhebung des Flächenverlusts durch erneuerbare Energien.

Die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern spielt eine essentielle Rolle für die regionale Versorgung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln. Umweltschutzbelange dürfen der Landwirtschaft nicht mehr konträr entgegenstehen. In unserem Antrag konnten wir aufzeigen, wie es möglich wird, Landwirtschaft und Umweltschutz zu vereinen.

Die Ablehnung durch den Altparteienblock sorgte für Unverständnis bei vielen Landwirten und Verbrauchern.

Es ist enttäuschend zu sehen, dass die Notwendigkeit einer funktionierenden Landwirtschaft nur von der AfD ausreichend anerkannt wird, während die anderen Parteien die Landwirtschaft scheinbar als Gegner betrachten.

Zuckersteuer und Werbeverbote:

Für Aufklärung statt Abzocke

Paul Timm - Verbraucherschutzpolitischer Sprecher

Stark zuckerhaltige sowie fettige und gesalzene Lebensmittel wirken im Gehirn wie Drogen. Es ist also einerseits richtig, diese Lebensmittel als eine Art Suchtmittel zu betrachten. Insbesondere Kinder gilt es davor zu schützen. Ähnlich dem Kampagnenerfolg gegen das Rauchen wären auch die Kampagnenerfolge gegen den Konsum künstlich gezuckerter Lebensmittel zu bewerten. Zuletzt nahm die Zahl der Raucher sogar zu. Die Tabaksteuer ist eine lukrative Einnahmequelle für die Staatskasse. Dasselbe Schicksal würde auch einer Zuckersteuer ereilen. Der spürbare Effekt wäre eher auf der Einnahmen-Seite der Staatsfinanzen zu finden. Die Bürger würden weiter abgezockt.

Auch die Debatte um ein Werbeverbot ist staatliche Gängelei. Viele Hersteller setzen Unmengen an Zucker, Salz und Fett zu, aus geschmacklichen und produktionstechnischen Gründen. Es liegt auf der Hand, dass Kinder nicht in der Lage sind, den Nährwert und gesundheitsschädliche Aspekte von Lebensmitteln einzuschätzen. Setzt man einem 7-Jährigen eine Flasche Cola und eine Tüte Chips vor die Nase, wird er die Flasche leetrinken und die Tüte Chips sprichwörtlich wegatmen wollen. Selbiges gilt für Jugendliche und Erwachsene. Jeder kennt aus eigener Erfahrung, dass es selten bei ‚einer Handvoll' Chips und nur einem Glas Cola bleibt.

Statt die Bürger mit einer neuen Steuer weiter zu gängeln und zur Kasse zu bitten, sollte die Aufklärung über die Folgen erhöhten Zuckerkonsums und eines ungesunden Lebensstils aufgeklärt werden. In der Verantwortung stehen aber in erster Linie die Eltern. Gesunde und bewusste Ernährung beginnt im Kleinkindalter und wird Zuhause gepflegt. Scheitert hier bereits das Elternhaus, kann es nicht Aufgabe der Politik sein, Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine gesunde Ernährung vorzuschreiben oder mittels einer Besteuerung dazu zu drängen.

Bauwirtschaft:

Bürokratieabbau gegen Geschäftsaufgabe

Stephan Reuken - Baupolitischer Sprecher

Ein Themenfeld, welches in der medialen Landschaft immer etwas untergeht, ist das Bauen, bzw. die Bauwirtschaft. Haben die Bauunternehmen in den vergangenen Jahren vor allem über den Mangel an Fachkräften und motivierten Auszubildenden geklagt, so spitzt sich die Lage seit der Corona-Krise immer weiter zu. Zum Fachkräftemangel kommen stark gestiegene Materialpreise durch gestörte Lieferketten hinzu. Fast alle Gewerke verzeichnen Anstiege von über 10 bis hin zu 20 Prozent bei Dacharbeiten. Wir stehen vor einer Mischung mit den denkbar schlechtesten Zutaten: Steigende Preise für das Bauen, gepaart mit höheren Zinsen für Baukredite, bei gleichzeitig fallenden Immobilienpreisen. Das könnte in Zukunft zu einem Erliegen großer Teile der Bauwirtschaft führen. Die Auftragseingänge für öffentliches Bauen in unserem Bundesland, also der Teil, den die Politik zu verantworten hat, steht mit einem Einbruch von 22,5 Prozent da!

Erste Unternehmen lassen sich bereits zum Thema Kurzarbeit beraten, andere ziehen gleich die Aufgabe Ihres Betriebs in Erwägung. Die kalte Jahreszeit ist in dieser Hinsicht immer eine harte Zeit für Bauunternehmen. Jedoch überleben sie diese nicht, wenn im Rest des Jahres ebenfalls nicht gearbeitet werden kann. Hier muss die Politik im Rahmen ihrer Möglichkeiten Freiräume für die Wirtschaft schaffen, zum einen durch den Abbau von ohnehin viel zu vielen Vorschriften und mit einem Moratorium für weitere Regelungen, die die Bautätigkeit verzögern. Ebenso schädlich ist es, wenn (in diesem Falle die Bundes-, nicht die Landesregierung) einmal zugesagte Förderungen kurzerhand wieder streicht und so die Kalkulationen der Bauträger hinfällig macht. Die Politik muss, wenn sie denn meint, dass Fördermittel nötig sind, diese auch verbindlich zahlen.

Zustände in unserem Land:

SPD-Pöbeleien verschleiern Regierungsversagen nicht mehr!

Jan-Phillip Tadsen - Migrationspolitischer Sprecher

Erinnern Sie sich noch an „Merkels Flüchtlingsmädchen“ Reem, das 2015 in Rostock der damaligen Kanzlerin unter Tränen von ihrem unsicheren Aufenthaltsstatus erzählt hatte? Der Beginn eines gewaltigen Medienhypes! Selbstredend bekam Reem inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft.

Doch nun macht sie, mittlerweile 23, wieder Schlagzeilen: weil sie im Internet antisemitische Parolen postet und weil selbst enge Merkel-Vertraute laut darüber nachdenken, wie man die junge Frau mit den palästinensischen Wurzeln wieder loswerden kann.
Fest steht: Die AfD ist die einzige Fraktion, die sich seit ihrem Einzug in den Landtag vehement für eine kontrollierte Migration im Interesse unserer Bürger stark macht! Wir wollen vorher wissen, wer zu uns kommt! Die Haltung von Reems Familie war übrigens schon 2015 bekannt.

Als migrationspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion hatte ich erwartet, dass nach den hasserfüllten und gewaltbereiten Aufmärschen von Islamisten auf deutschen Straßen auch bei uns in der Plenarwoche endlich Klartext zum Thema Migration geredet wird – das sind wir den Bürgern unseres Landes schuldig! Wir forderten daher in unseren Anträgen unter anderem die Errichtung von Transitzentren mit Zurückweisungsmöglichkeiten an der deutschen Grenze sowie eine mit Italien abgestimmte Seeblockade nach australischem Vorbild im Mittelmeer zur effektiven Schlepperbekämpfung.

Doch was machen die Altparteien? Statt durch konstruktive Politik fallen ihre Abgeordneten nunmehr verstärkt durch verbale Aggressivität auf. Auf meine Bitte auf Zwischenfrage während der Rede des SPD-Fraktionschefs Barlen pöbelte Agrarminister Till Backhaus ein „Bloß nicht!“ von seinem Ministersessel – ein Benehmen, das auch die Landtagsvizepräsidentin rügte. Julian Barlen selbst hatte in seiner eigenen Rede außer pastoral dargebotenen Worthülsen nichts anzubieten. Er ließ sich vorher stattdessen zu einem „Pfui Teufel“ in Richtung unseres Abgeordneten Horst Förster hinreißen.

Und CDU-Mann Sebastian Ehlers? Der kramte doch tatsächlich in seiner Kurzintervention nach meiner Rede das bewusst von interessierter Seite fehlinterpretierte „Vogelschiss“-Zitat des AfD-Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland hervor. Merke: Das Zitat stammt von 2018…

Der Import fremder Konflikte und die Zusammenrottungen von Islamisten, die sich auch gegen unsere Kultur und unsere Werte stellen, finden aber in diesen Tagen und Wochen statt! Auf unseren Straßen. Sollten sich die Altparteien nicht endlich mal damit auseinandersetzen?

Als AfD-Fraktion haben wir seit Jahren vor diesen Zuständen gewarnt. Und wir werden diese Politik konsequent ändern, wenn wir von Ihnen die Regierungsverantwortung bekommen!

Sozialdemokratische Stutenbissigkeit:

Schwesigs Personalpolitik schadet unserem Land

Martin Schmidt - Finanzpolitischer Sprecher

Manuela Schwesig versuchte Richterposten mit Wunschkandidaten zu besetzen. Verfassungswidrige Hot-Spot-Regelung und das Corona-Sondervermögen wurden durch die AfD weggeklagt. Neuschaffung und Vergabe unzähliger Stellen für Vertraute prägen trotz Kritik das Personaltableau. Nun kam ein neuer Skandal zum Vorschein. Wieder einmal hat Schwesig unsere Verfassung mit ihren weißen Turnschuhen getreten.
Ein Bericht des Landesrechnungshofes prüfte die Stellenbesetzung im höheren Dienst. Nicht nur politische Stellen wie Staatssekretäre, sondern auch hohe Beamte wurden seltsam selektiert.

Kein einziges Stellenverfahren von insgesamt 55 war fehlerfrei! Das traurige Ergebnis: in 49 Fällen ist die Bestenauslese gem. Art. 33 Abs. 2 GG und Art. 71 Abs. 1 Verf. M-V nicht gewährleistet worden. Transparenz und Chancengleichheit wurden nicht verwirklicht. Teils ohne Ausschreibung fehlten Dienstposteninfos und haushaltsrechtliche Prüfung oder die Feststellung von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung im aktuellen Amt. Zulagenzahlungen, Anforderungsprofile und Zulassung zum Auswahlverfahren waren fehlerhaft.

So lösen wir dieses Problem:

1. Eine Landesregierung muss Nepotismus und Herrschsucht unterlassen und wieder die Besten einstellen.

2. Weniger Einmischung der Ministerpräsidenten. Wir können es uns nicht leisten, Posten nach Parteibuch zu besetzen. Nicht jeder Günstling darf eine Stelle im Ministerium bekommt.

3. Es muss wieder zur Regel werden, dass ausgeschrieben wird. Nicht nur intern, sondern auch bundesweit und außerhalb der Verwaltung.

4. Wir brauchen ein transparentes „Plum Book“ für MV. Es bedarf einer Übersicht über die politisch beeinflussten Stellen und Posten.

In 20 Fällen

waren sachliche Gründe für minimierte Bewerberkreise nicht zu erkennen. Nur bestimmte Behörden kamen für Ausschreibungen infrage oder befristet Beschäftigte wurden ausgeschlossen

In 18 Fällen

sind laut Hof die Auswahlverfahren nicht mit sogenannten Konkurrentenmitteilungen an die Unterlegenen beendet worden. Dann ist es eben auch kein Wunder, dass niemand klagt.

In 17 Fällen

wurde eine Mitwirkung der Gleichstellungsbeauftragten verhindert. Bspw. Teilzeitmöglichkeit wurde nicht erwähnt. Will man doch lieber keine Frauen auf solchen Positionen?

Qualzuchten beenden

Jens-Holger Schneider- Tierschutzpolitischer Sprecher

In den letzten Jahren ist das Bewusstsein für das Wohlbefinden von Tieren in der Gesellschaft gestiegen. Doch trotz vieler Fortschritte im Tierschutz gibt es nach wie vor Herausforderungen, denen sich die Gesellschaft stellen muss. Eine dieser Herausforderungen betrifft den Bereich der Qualzuchten im Heimtiersektor.

Immer häufiger werden Tiere in unserem Land durch gezielte Zuchtpraktiken hervorgebracht, die nicht nur ihre Gesundheit beeinträchtigen, sondern auch zu einem erheblichen Leidensdruck führen können. Qualzuchten sind ethisch bedenklich und stellen auch eine ernsthafte Gefahr für das Wohlbefinden der Tiere dar.

Daher fordert die AfD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ein Verbot von Qualzuchten. Eine klare gesetzliche Regelung ist notwendig, um sicherzustellen, dass die Zuchtpraktiken im Einklang mit dem Tierschutz stehen. Qualzuchten können zu einer Vielzahl von Gesundheitsproblemen führen, die sowohl das Leben der Tiere verkürzen und hohe Tierarztkosten für die Halter bedeuten.

Ein besonders kritisches Beispiel ist die Überzüchtung von bestimmten Hunderassen, die zu anatomischen und genetischen Problemen führt. Hunde, die aufgrund von übermäßiger Zucht mit bestimmten Rassenmerkmalen geboren werden, leiden oft an Atemproblemen, Gelenkproblemen und anderen schwerwiegenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Katzen, Nagetiere und Vögel sind ebenfalls von Qualzuchten betroffen, die zu schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen führen können.

Es ist an der Zeit, dass die Gesellschaft gemeinsam handelt, um das Wohlbefinden unserer tierischen Begleiter sicherzustellen. Ein Verbot von Qualzuchten im Heimtierbereich wäre ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung. Dies würde nicht nur das Leid der betroffenen Tiere mindern, sondern auch die Verantwortung der Züchter stärker in den Fokus rücken.

Politiker, Tierschutzorganisationen und Bürger sollten gemeinsam darauf hinwirken, dass Qualzuchten durch klare gesetzliche Regelungen unterbunden werden. Dies könnte dafür sorgen das Leben zahlreicher Tiere verbessern und das Bewusstsein für verantwortungsbewusste Tierzucht fördern. Die Forderung nach einem Verbot von Qualzuchten im Heimtierbereich ist ein Aufruf zur Solidarität mit unseren tierischen Freunden. Lassen Sie uns gemeinsam sicherstellen, dass unsere Haustiere ein gesundes und glückliches Leben führen können.

Habecks Märchenstunde nimmt ein jähes Ende:

Energiewende teurer als von der Bundesregierung behauptet

Petra Federau- Energiepolitische Sprecherin

Es ist das erklärte Ziel der Bundesregierung bis 2035 den Strombedarf nahezu vollständig aus sogenannten erneuerbaren Energiequellen zu decken und bis zum Ende der 2030er Jahre fast gänzlich zu dekarbonisieren. In einer jüngeren Studie haben anerkannte Experten auf dem Gebiet der Energieerzeugung zentrale Annahmen der Bundesregierung zur Energiewende widerlegt. Damit ist die Auffassung der AfD Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern bestätigt, wonach eine angeblich preiswerte Erzeugung erneuerbarer Energien auch zukünftig nicht zu erwarten ist.

Was für jeden, der Eins und Eins zusammenzählen kann, klar auf der Hand lag, wird nun auch in der frei verfügbaren Studie des Berliner Beratungsunternehmens „e.venture“ dargelegt. Zunächst wird dort festgestellt, dass die Strombedarfe in Deutschland aufgrund der stark zunehmenden Elektrifizierung auf den Gebieten der Industrie, der Wärmeerzeugung, der Wasserstoffproduktion mittels Elektrolyseuren sowie der Mobilität von 564 TWh im Jahr 2021 auf voraussichtlich 940 TWh in 2040 ansteigen werden. Um diesen zukünftigen Bedarf zumindest bilanziell decken zu können, müssten die installierten Kapazitäten der erneuerbaren Energien von aktuell 130 GW auf 570 GW mehr als vervierfacht werden.

Doch selbst bei einem weiteren starken Ausbau und der damit einhergehenden massiven Eingriffe in die Natur durch die geplante enorme Anzahl an Windkraft- und Photovoltaikanlagen sei eine bedarfsgerechte und sichere Stromversorgung aufgrund der wetterabhängigen, volatilen Erzeugungsweise nicht gewährleistet, weswegen in 5.030 von 8.760 Stunden des Jahres ein Deckungsdefizit bestünde. Selbst bei Ausnutzung anderweitiger Flexibilitätspotentiale und Speicher ließen sich die verbleibenden 3.600 Defizitstunden bzw. die ungedeckten 140 TWh nur durch flexible Gaskraftwerke mit zusammengenommen 75 GW und über 1.800 Betriebsstunden/Jahr ausgleichen. Zu einer Reduzierung des Bedarfs an flexiblen Ausgleichs-Kapazitäten könne ein noch weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien über 100 Prozent bilanzieller Bedarfsdeckung hinaus jedoch nicht in nennenswertem Umfang beitragen, da sein Grenznutzen rasch abnehmen würde.

Die Studie führt weiter aus, dass zur bilanziellen Deckung des Strombedarfes aus erneuerbaren Energien Investitionen in Höhe von über 800 Milliarden Euro bis 2040 erforderlich seien. Wenn man nun bedenkt, dass 68 GW flexibler Gaskraftwerkskapazität neu erbaut werden müssten und die insgesamt dann 75 GW mittels dem in seiner Produktion bislang sehr unwirtschaftlichen Wasserstoff betrieben werden sollen, wird eigentlich jedem deutlich, welch enorme finanzielle Belastung auf die deutschen Verbraucher zukommt.

Gegenwärtig investieren Bund und Länder gigantische Beträge in den Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien, in eine Infrastruktur für LNG-Gas sowie in den Ausbau der Produktion von Wasserstoff. Leidtragende sind die Bürger und die energieintensiv produzierende Industrie, die im internationalen Wettbewerb zunehmend unter Kostendruck gerät. Die AfD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern appelliert daher an alle politischen Entscheidungsträger, den Pfad der teuren und wenig effektiven Energiewende zu verlassen und der wirtschaftlichen Vernunft wieder eine Chance zu geben.

Insbesondere fordern wir aber die Regierung auf, den Bürgern nicht weitere Lügen aufzutischen. Von wegen, die Energiewende werde sich selbst tragen! Hören Sie endlich auf, diese Märchen zu erzählen. Und vor allem hören Sie auf, weitere Milliarden von hart erarbeitetem Steuergeld in insolvente, nicht tragfähige Firmen wie dem Windkraft-Zweig von Siemens-Energy zu versenken!

Alarmstufe Rot-Rot:

Gesundheitsversorgung in MV gefährdet

Thomas de Jesus Fernandes- Gesundheitspolitischer Sprecher

Die flächendeckende Gesundheitsversorgung ist in Mecklenburg-Vorpommern, einem Flächenland mit einer älteren Bevölkerung durch drohende Krankenhausreformen gefährdet. Unglaubliche 80 Prozent der Kliniken im Land rechnen mit finanziellen Einbußen. Unter anderem sind dafür Kostensteigerungen von bis zu 60 Prozent durch die gestiegenen Energiepreise verantwortlich zu machen. So zahlt beispielsweise das Klinikum Grevesmühlen statt der 350.000 im Jahr 2023 satte 1.500.000 Euro! Diese Kostensteigerungen kommen aber nicht aus heiterem Himmel, sondern sind von der Ampel in Berlin und Rot-Rot in Schwerin hausgemacht.

Hausgemacht ist auch der Personalmangel. Bis zum Jahr 2032 werden knapp 50 Prozent der Ärzte in unserem Land in Rente gehen. Bereits heute kommen in Mecklenburg-Vorpommern auf 100.000 Menschen 6.405 Pflegebedürftige. Bis zum Jahr 2030 rechnet man mit bis zu 143.000 Pflegebedürftigen im Land. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Pflege-Azubis; 2022 waren es lediglich 1269. Wir steuern sehenden Auges in den Pflege-Kollaps und die fahrlässige Gefährdung der Gesundheitsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern!

Im Vergleich zu anderen Bundesländern gibt es bereits eine geringe Dichte an Gesundheitseinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern. Es ist daher an der Zeit, auf die Probleme hinzuweisen und Druck auf die Landesregierung auszuüben! Wir fordern einen temporären Hilfsfonds von mindestens 20 Millionen Euro, bis die Krankenhausreform greift. Des Weiteren setzen wir uns für den Erhalt aller 37 Klinikstandorte im Land ein, um die flächendeckende Gesundheitsversorgung sicher zu stellen. Angesichts demographischer Herausforderungen müssen die Rahmenbedingungen für die Ausbildung von Gesundheitspersonal attraktiver gestaltet werden. Die geplante Standortkonzentration verschärft den Fachkräftemangel. Die Kosten der häuslichen Pflege müssen durch finanzielle Anerkennung seitens des Landes abgefedert werden. Die Lebensleistung pflegender Angehöriger muss honoriert werden, um deren späteres Wohlergehen zu sichern.

Arbeit muss sich wieder lohnen

Michael Meister- Arbeitsmarktpolitischer Sprecher

Ab Januar 2024 wird der gesetzliche Mindestlohn auf 12,41 € brutto angehoben.

Umgerechnet auf den Nettolohn ist das angesichts der Inflationsrate und des damit verbundenen Kaufkraftverlustes, der gestiegenen Lebenshaltungskosten für Mieten, Energie und Heizung und des geringen Abstands zur Grundsicherung für viele Beschäftigte zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Es ist der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Eine zukunftsorientierte, sozialverträgliche Altersvorsorge ist damit nicht finanzierbar.
Forderungen nach einer ständigen Erhöhung des Mindestlohnes zeigen aber, dass SPD und Linke in unserem Land völlig an der Realität vorbei agieren und jeglichen wirtschaftlichen Sachverstand längst über Bord geworfen haben.

Was unsere fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in MV brauchen, sind wirklich gut bezahlte Arbeitsplätze, ist mehr Netto vom Brutto, sind Unternehmen, die sich langfristig bei uns ansiedeln wollen, weil sie hier die Voraussetzungen vorfinden, nachhaltig und langfristig Geld zu verdienen, damit Arbeitsplätze zu sichern und dann auch die benötigten Fachkräfte auszubilden.

Gleichzeitig sollte über eine Änderung des Bürgergeldes nachgedacht werden.

Ziel sollte es sein, dass arbeitsfähige Menschen auch tatsächlich arbeiten müssten. Es ist niemandem zu vermitteln, insbesondere nicht den Mindestlohnbeziehern, dass es sich arbeitsfähige Bürgergeldempfänger in der sozialen Hängematte bequem machen.

Wer sich nicht selbst helfen kann, dem sollte der Staat mit Unterstützungsleistungen helfen, wieder auf die Beine zu kommen. Langfristiger Transferbezug sollte aber die Ausnahme sein.

Hier muss dringend nachjustiert werden.

Den Toten ihre Namen geben

Thore Stein - Denkmalschutzpolitischer Sprecher

Der Blutzoll, den unser Volk im vergangenen Jahrhundert leisten musste, ist kaum zu begreifen. Über zwei Millionen Soldaten ließen ihr Leben im 1. Weltkrieg. Fünf Millionen Mann fielen an den Fronten des 2. Weltkriegs, hinzu kamen zwei Millionen, die aus der Kriegsgefangenschaft nicht mehr zurückkehrten.

Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung forderten drei Millionen Leben. In den deutschen Ostgebieten erlosch eine ganze Kultur. In fast jedem Dorf finden sich heute stumme Zeugen dieser Zeit. Es sind die Gedenkstätten, die Ehrenmale, die Heldenhaine, die jene errichtet haben, die dieser Hölle entkommen sind.

Und während die Toten des 1. Weltkrieges aus der Anonymität der Vergangenheit hervorgeholt werden durch die Nennung ihrer Namen, des Datum ihres viel zu frühen Todes, so fehlen diese Angaben auf den oft schmucklosen Hinweistafel für die Gefallenen der Jahre 1939 – 1945.

Der Grund ist in der Erinnerungskultur der DDR zu finden, denn diese sah in erster Linie ein Gedenken der „Opfer des Faschismus“ vor, in direkter Linie zur Staatsdoktrin des Antifaschismus. Für gefallene Wehrmachtssoldaten war dort kein Platz.

Nach der Wende folgten zögerliche Ergänzungen der Gedenkstätten des 1. Weltkriegs, um auch der Toten des zweiten großen Krieges zu gedenken. Entsprechend der „antifaschistischen Geisteshaltung“ erfolgte diese Erweiterung aber nach wie vor anonym und allumfassend mit der Bezeichnung „Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“.

Die unzähligen Söhne, Väter, Brüder und Ehemänner sollten nach wie vor ungenannt bleiben. Ihre Namen aus dem Gedächtnis verschwinden, ihr Opfer für Deutschland vergessen werden. Ihre Gebeine ruhen in fremder Erde und die Heimat hat sie vergessen.

Das wollen wir ändern. Wir setzen uns entschieden dafür ein, dass die gefallenen Soldaten des 2. Weltkrieges durch die Nennung ihrer Namen wieder ihren Platz zwischen uns einnehmen. Die Gemeinden müssen ermutigt werden ihre Söhne aus dem Nebel der Geschichte zu holen und sie ihren Kameraden aus dem vorherigen Krieg gleichzustellen. Gebt den Toten ihre Namen!

FRAKTION VOR ORT

AfD-Fraktion im Landtag MV
Lennéstraße 1 (Schloss), 19053 Schwerin

0385/525-1700
kontakt@afd-fraktion-mv.de
www.afd-fraktion-mv.de

NIKOLAUS KRAMER

Breite Straße 23, 17358 Torgelow
Am Mühlentor 1, 17489 Greifswald
nikolaus.kramer@afd-fraktion-mv.de
03834 – 7773690
www.nikolauskramer.de

THORE STEIN

Lange Straße 20, 19370 Parchim
thore.stein@afd-fraktion-mv.de
03871 – 2639175
www.thore-stein.de

THOMAS DE JESUS FERNANDES

Rosa-Luxemburg-Str. 16a, 17192 Waren
thomas.fernandes@afd-fraktion-mv.de
03991 – 1480711
www.de-jesus-fernandes.de

ENRICO SCHULT

Treptower Straße 26, 17109 Demmin
Basedower Str. 10, 17139 Malchin
enrico.schult@afd-fraktion-mv.de
03998 – 2856416
www.enrico-schult.net

JAN-PHILLIP TADSEN

Kütiner Straße 21, Sternberg
jan.phillip.tadsen@afd-fraktion-mv.de
0385 – 5251762
www.jan-phillip-tadsen.de

PETRA FEDERAU

Bürgermeister-Bade-Platz 2,
19055 Schwerin
petra.federau@afd-fraktion-mv.de
0385 - 58931527
www.petra-federau.com

HORST FÖRSTER

Neustrelitzer Straße 70g, Neubrandenburg
kontakt@hoerst-foerster.de
0395 – 36968500
www.hoerst-foerster.de

JENS SCHULZE-WIEHENBRAUCK

Am Markt 7, 17389 Anklam
jens.schulze-wiehenbrauk@
afd-fraktion-mv.de
03835 – 5251723

JENS-HOLGER SCHNEIDER

Dankwartstraße 57, 23966 Wismar
jens.holger.schneider@afd-fraktion-mv.de
03841 – 2452765

MARTIN SCHMIDT

Lange Straße 108, 19230 Hagenow
Ziegeleiweg 17, 19057 Schwerin
kontakt@martin-schmidt.net
01575 - 6421807
www.martin-schmidt.net

PAUL TIMM

Mobiles Wahlkreisbüro
paul.timm@afd-fraktion-mv.de
0385 – 5251772
www.paultimm-afd.de

MICHAEL MEISTER

Wilhelm-Külz-Platz 1, 18055 Rostock
01575 180 57 02
michael.meister@afd-fraktion-mv.de
www.michael-meister.de

STEPHAN J. REUKEN

Hasenwinkel 6, 17438 Wolgast
stephan.reuken@afd-fraktion-mv.de
0385 – 5251722